



Pet 2-19-15-21270-032070

45277 Essen

Nichtraucherschutz

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 15.04.2021 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, durch gesetzliche Regelungen Raucherinnen, die schwanger werden möchten bzw. bei denen eine Schwangerschaft bekannt ist, zu verpflichten, gesellschaftliche Hilfen nachweislich zu nutzen, die ihnen das Einstellen des Rauchens ermöglichen.

Zu den Einzelheiten des Vortrags des Petenten wird auf die von ihm eingereichten Unterlagen verwiesen.

Die Eingabe war als öffentliche Petition auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt. Es gingen 98 Mitzeichnungen sowie 36 Diskussionsbeiträge ein.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich auf der Grundlage einer Stellungnahme der Bundesregierung wie folgt dar:

In Anbetracht der schwerwiegenden Schäden, die Zigaretten in der Schwangerschaft beim ungeborenen Kind zur Folge haben können, setzt die Bundesregierung auf verstärkte Aufklärung mit dem Ziel, Raucherinnen zu einem freiwilligen Verzicht auf das Rauchen in der Schwangerschaft zu bewegen.



In Umsetzung der EU-Tabakproduktrichtlinie wurden mit den Regelungen des Tabakerzeugnisgesetzes und der Tabakerzeugnisverordnung Vorgaben für die Herstellung, die Aufmachung und den Verkauf von Tabakerzeugnissen und verwandten Erzeugnissen erlassen. Eine dieser Maßnahmen ist die Kennzeichnung der Packungen von Zigaretten, Tabak zum Selbstdrehen und Wasserpfeifentabak mit kombinierten gesundheitsbezogenen Text-Bild-Warnhinweisen. Diese bestehen aus einem gesundheitsbezogenen Warnhinweis (Text) und einer dazu passenden Farbfotografie aus der im Anhang der Richtlinie vorgegebenen Bilderbibliothek sowie einer Information zur Rauchentwöhnung. Dabei werden auch die gesundheitlichen Gefahren des Rauchens in der Schwangerschaft mit kombinierten Text-Bild-Warnhinweisen wie "Rauchen in der Schwangerschaft schadet Ihrem Kind" thematisiert.

Die Förderung des Nichtrauchens erfolgt auch mit der "rauchfrei"-Kampagne der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Ziel der Dachkampagne ist es, den Kenntnisstand der Bevölkerung über die negativen Folgen des Rauchens zu erhöhen, die Bereitschaft zum Rauchverzicht zu fördern, die Kompetenz in den Gesundheitsberufen für die Beratung zum Rauchverzicht zu steigern sowie eine Sensibilisierung der Bevölkerung für die Folgen des Passivrauchens zu erreichen. Im Rahmen dieser Kampagne wird auf die Gefahren des Rauchens in der Schwangerschaft besonders hingewiesen.

Schwangerschaften veranlassen Frauen und deren Partner, ihren Suchtmittelkonsum zu hinterfragen, denn als werdende Eltern sind sie für gesundheitsrelevante Informationen und Beratungsangebote besonders aufgeschlossen. Viele von ihnen sind dann auch in hohem Maße bereit, Änderungen in ihrem Gesundheitsverhalten umzusetzen. Die BZgA informiert daher ebenfalls im Rahmen ihrer Aufklärungsmaßnahmen zum Thema Familienplanung werdende Eltern – insbesondere auch auf ihrer Internetseite www.familienplanung.de – regelmäßig über die Gefahren von Tabak- und Alkoholkonsum während der Schwangerschaft. Ergänzend dazu informieren



verschiedene Medien junge Familien über die Gefahren des Rauchens und des Passivrauchens vor allem für Kinder und geben Hilfestellung beim Ausstieg aus dem Tabakkonsum, z.B. mit der Broschüre "Rauchfrei in der Schwangerschaft – Ich bekomme ein Baby".

Ziel der Gesetzgebung sowie der genannten Aufklärungsmaßnahmen und Hilfsangebote ist es, den Verbraucherinnen und Verbrauchern insgesamt sowie verstärkt den schwangeren Raucherinnen und ihren Partnern die gesundheitlichen Gefahren des Rauchens nachdrücklich vor Augen zu führen und auf eine Einschränkung bzw. auf einen Verzicht des Tabakkonsums hinzuwirken. Es liegt aber letztlich auch in der Eigenverantwortung jedes Einzelnen, inwieweit er die mit dem Tabakkonsum verbundenen Risiken eingeht.

Vor dem Hintergrund des Dargelegten vermag der Petitionsausschuss ein weiteres Tätigwerden nicht in Aussicht zu stellen und empfiehlt daher, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.